

Liebe Leserinnen und Leser,

das Europäische Parlament hat vergangenen Mittwoch mit großer Mehrheit grünes Licht für eine teileuropäische Finanztransaktionssteuer gegeben. Nun fehlt nur noch die Zustimmung des Ministerrats (Ecofin) für die Aufnahme der "Verstärkten Zusammenarbeit", die hoffentlich im Januar erfolgen wird. Erst dann kann die EU-Kommission einen Vorschlag vorlegen, der Grundlage für die Verhandlungen unter den EU-Mitgliedstaaten sein wird.

Für unsere Kampagne gab es im letzten Monat einen klaren Rückschlag: Der Bundestag hat den Entwicklungshilfeetat im Vergleich zum Vorjahr um 87 Millionen Euro gekürzt. Bisher hat sich Deutschland zumindest noch verbal dazu bekannt, das 0,7-Prozent-Ziel schrittweise bis 2015 zu erreichen. Mit 0,4 Prozent liegt Deutschland aber weiter deutlich davon entfernt. Die nun erfolgte Kürzung der Entwicklungshilfe ist ein klares Signal, dass die Koalition das 0,7 Prozent-Versprechen abgeschrieben hat.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Kürzungen bei der Entwicklungshilfe
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

24. November: Die Finanztransaktionssteuer könnte erst 2016 kommen und Derivate würden möglicherweise nicht besteuert, so Michael Sell, [Leiter der Steuerabteilung](#) im Finanzministerium. Das Finanzministerium dementiert diese Botschaft später.

22. November: Die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft ([CDA](#)) tritt der Kampagne als 97. Organisation bei.

22. November: Der [Bundestag](#) beschließt mit den Stimmen der Koalition eine Kürzung des Entwicklungshilfeetats um 124 Millionen.

12. November: Hessens Ministerpräsident [Bouffier](#) (CDU) warnt vor der Finanztransaktionssteuer: 80.000 Arbeitsplätze seien in Gefahr.

Entwicklungen im Ausland:

30. November: [Finnland](#) wird sich nicht der Verstärkten Zusammenarbeit anschließen, obwohl die Finanzministerin und drei der sechs Regierungsparteien dies möchten. Der Streit brachte die [Koalition](#) vor eine Zerreißprobe.

29. November: [US-Senator Tom Harkin](#) will die Haushaltsprobleme der USA mit einer Finanztransaktionssteuer angehen.

29. November: Über [1000 Robin Hoods](#) fordern in Durban bei einem internationalen Kongress für öffentliche Dienstleistungen eine Finanztransaktionssteuer.

29. November: Der [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) empfiehlt dem Europaparlament mit großer Mehrheit, der Aufnahme der Verstärkten Zusammenarbeit zuzustimmen. Es gab 32 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

19. November: [26 Abgeordnete aus Südkorea](#) bringen eine Gesetzesinitiative für eine Tobin-Steuer ein.

16. November: [EU-Präsident Van Rompuy](#) hält weiter an dem Vorschlag fest, zwei Drittel der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer als Eigenmittel der EU zu verwenden.

15. November: Mit Verzögerung wird die [französische Steuer auf einige Finanztransaktionen](#) ab November endlich erhoben.

15. November: Die [kanadische Zentralbank](#) lehnt eine Finanztransaktionssteuer ab.

14. November: Die [US-amerikanische Finanzlobby](#) fürchtet, die US-Regierung könne Gefallen an einer Finanztransaktionssteuer finden und schreibt daher einen Brandbrief.

13. November: Die [Niederlande](#) würden unter bestimmten Bedingungen bei der Finanztransaktionssteuer mitmachen: Es dürfe keine Auswirkungen auf Pensionsfonds geben und die Einnahmen dürften nicht als Eigenmittel an die EU gehen.

12. November: [EU-Steuerkommissar Semeta](#) wirbt um rasche Fortschritte bei der Finanztransaktionssteuer.

12. November: Der Chef der österreichischen [Raiffeisen-Zentralbank](#) (RZB) ist für eine Finanztransaktionssteuer, wenn im Gegenzug die Bankenabgabe abgeschafft würde.

10. November: In [Chicago](#) protestieren AktivistInnen mit einer Sitzblockade im Büro des Senators Dick Durbin für eine Finanztransaktionssteuer.

8. November: Die [irische Regierung](#) lehnt eine Finanztransaktionssteuer solange ab, wie diese nicht flächendeckend eingeführt wird. Pikant: Der Vorstand der verstaatlichten Anglo Irish Bank lehnte unterdes den Vorschlag der irischen Regierung ab, die Gehälter seiner Spitzenkräfte in ähnlichem Maß zu kürzen wie bei den Angestellten im öffentlichen Dienst.

30. Oktober: Mehr als [50 britische AIDS-Hilfe-AktivistInnen](#) in Robin Hood-Kostümen fordern von ihrem Finanzminister eine Finanztransaktionssteuer.

Kürzung der Entwicklungsetat

Seit über vierzig Jahren versprechen die Industriestaaten, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Deutschland hat dieses Versprechen bislang immer deutlich verfehlt. Die EU hat 2005 das 0,7-Prozent-Ziel erneut bekräftigt und einen Stufenplan vereinbart, um es bis 2015 schrittweise zu erreichen. 2011 hatte eine fraktionsübergreifende Mehrheit von 372 Bundestagsabgeordneten (d.h. 60 Prozent) einen Aufruf für einen ["Entwicklungspolitischen Konsens"](#) unterstützt, der dieses Ziel für Deutschland bekräftigte. Dies hätte bis 2015 jährliche Aufwüchse von ca. 1,2 Milliarden Euro bedeutet.

Ende November verabschiedete der Bundestag den Haushalt für 2013. Im Entwurf der Bundesregierung war ursprünglich eine geringfügige Steigerung des Entwicklungsetats um 38 Millionen vorgesehen. Am 8. November hatte der Haushaltsausschuss jedoch in seiner Bereinigungssitzung den Etat um 124 Millionen Euro gekürzt.

Die Grünen brachten im Rahmen der Haushaltsdebatte einen Änderungsantrag ein, um diese Kürzungen rückgängig zu machen. Der Antrag wurde mit einer namentlichen Abstimmung verbunden. Er wurde mit 251 Ja-Stimmen (SPD, B90/Grüne, Linke), 305 Nein-Stimmen (CDU/CSU, FDP) und 5 Enthaltungen aus den Reihen der Unionsfraktion abgelehnt (genaues Ergebnis im [Plenarprotokoll](#)). Damit sinkt der Entwicklungsetat im Vergleich zum Vorjahr um 87 Millionen Euro auf ca. 6,3 Milliarden Euro.

Selbst Entwicklungshilfeminister [Dirk Niebel](#) reagierte verschnupft: Für den Bundestag habe das Ziel der Haushaltskonsolidierung "erkennbar höhere Priorität als das Erreichen der ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens", weswegen sich das 0,7-Prozent-Ziel als "Lebenslüge" erweise.

Mehr Hintergrundinformationen:

Entwicklung der Entwicklungshilfe-Quote seit 1969:

http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/Entwicklung_der_deutschen_ODA-Quote_1969-2010.pdf

Entwicklungshilfequoten von 2011 im internationalen Vergleich:

<http://www.oecd.org/newsroom/developmentaidtodevelopingcountriesfallsbecauseofglobalrecession.htm>

Terre des hommes - Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2012:

<http://www.tdh.de/was-wir-tun/arbeitsfelder/entwicklungspolitik-und-kinderrechte/materialien-und-links/die-wirklichkeit-der-entwicklungspolitik/print.html>

Kampagnenaktivitäten

Adventskalender "Steuer gegen Armut"

Noch wenige Tage, dann kommt das Christkind. Oxfam verkürzt die Wartezeit mit einem Facebook-Kalender für die Steuer gegen Armut.

Zum Adventskalender [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.